

BRUNO PITTERMANN

blik Österreich, und es war vorgesehen, daß in gewissen Fragen Mehrheitsentscheidungen in diesem Rat für möglich gehalten werden...

SPIEGEL: Gut, aber...

PITTERMANN: ... es kommt natürlich darauf an, ob man von dem spricht, was man für wünschenswert hält, oder von dem, was man als erreichbar betrachtet.

SPIEGEL: Vielleicht werden wir konkret: Was hält Österreich für wünschenswert, und was hält es für erreichbar?

PITTERMANN: Nun ja, bitte, dazu kann ich Ihnen wenig sagen, weil jede Reduktion dessen, was wünschenswert ist, unter Umständen schon eine Vornahme der Verhandlungen darstellt.

SPIEGEL: An sich steht sehr viel darüber in der EWG-Erklärung des österreichischen Außenministers. Was wünschenswert ist, steht im ersten Teil. Da hat Minister Kreisky ausführlich über möglichst weitgehende Wirtschaftsintegration gesprochen. Und dann kommen die Vorbehalte, die Österreich aufgrund seines Staatsvertrags und aufgrund seiner Neutralität glaubt machen zu müssen...

PITTERMANN: ... und dann kommen die Vorbehalte, die Österreich wird machen müssen aufgrund der Forderungen einzelner Wirtschaftsgruppen, und die sind nicht wenig!

SPIEGEL: Nun haben Sie selbst, Herr Vizekanzler, vor einiger Zeit davon gesprochen, daß die Neutralität auch auf das Wirtschaftliche auszudehnen sei. Sie sagten: Österreich muß auch wirtschaftlich neutral sein.

PITTERMANN: Ich habe in Anlehnung an völkerrechtliche Erkenntnisse, die vor allem in der Schweiz diskutiert wurden, gemeint: Die immerwährende Neutralität verlangt, daß ein Staat in einem Konfliktfall nicht vor die Wahl gestellt ist, sein Volk verhungern zu lassen oder am Krieg teilzunehmen. Das heißt, ich muß also in Verhandlungen mit der EWG als immerwährend neutraler Staat darauf hinweisen, daß mir ein bestimmtes Maß von Rohstoff- und Nahrungsreserven gewahrt bleibt und mir auch gestattet wird, diese Reserven — unter Umständen abweichend von sonstigen Marktregeln — zu erhalten.

SPIEGEL: Das heißt also, eine Vorratswirtschaft...

PITTERMANN: Na ja, eine Vorratswirtschaft, und sagen wir, auch die Genehmigung von Subventionen zur Erhaltung derjenigen Betriebe, etwa der Bergbauern, die unter Umständen mit den Regeln des Gemeinsamen Marktes nicht voll übereinstimmen.

SPIEGEL: Österreich würde also darauf Wert legen, seine Landwirtschaft außerhalb der EWG...

PITTERMANN: Landwirtschaft und Energie! Und Kohle zum Beispiel.

SPIEGEL: Also keine Beteiligung an der Montan-Union?

PITTERMANN: Schon! Ich würde sagen: eine Beteiligung, die ihre Grenze finden soll in einer noch zu vereinbarenden limitierten Erhaltung solcher heimischer Rohstoffe, die in einem Konfliktfall eine echte Stützung der heimischen Wirtschaft oder gar der heimischen Ernährung und Energieversorgung sein sollen.

SPIEGEL: Unter Punkt b der Vorbehalte in der Kreisky-Erklärung heißt

ist Vizekanzler der Wiener Koalitionsregierung und Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs (SPO). Bei seinem Amtsantritt 1957 erhoffte Österreich von ihm einen klaren Kurs in Richtung Europa. Der protestantische Arbeitersohn, den die Schwungkraft seiner 100 Kilo durch pausenlose 18stündige Arbeitstage trägt, ist ein verheirateter Lehrer. 1905 geboren, studierte er an der Wiener Universität Geschichte, Geographie und Philosophie, vertauschte aber das Katheder schon 1929 gegen den Sekretärschreibtisch der Klagenfurter Arbeiterkammer. Mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei verlor er 1934 seinen Posten und nützte die arbeitslose Zeit für das zweite, juristische Doktorat.

Nach Kriegsende stürzte sich Bruno Pittermann vehement in die Politik: 1945 wurde er Abgeordneter des Nationalrats, 1948 avancierte er zum Sekretär, später zum geschäftsführenden Fraktionsvorsitzenden der SPO. Trotz Moskauer Kritik rang er der zögernden Österreichischen Volkspartei (ÖVP) den Beitritt Österreichs zum Europarat ab. 1957 wurde er zum Vizepräsidenten der Beratenden Versammlung in Straßburg gewählt.

Das neutrale Österreich mußte nach Staatsvertrag und Abzug der Besatzungsmächte 1955 seinen künftigen Standort innerhalb oder außerhalb der Europagemeinschaft festlegen. Pittermann plädierte dabei nicht nur für militärische, sondern auch für wirtschaftliche Neutralität.

Der Vizekanzler Pittermann, seit 1959 auch Minister für die verstaatlichte Industrie, vergab das Europabekennnis des Straßburger Parlamentariers Pittermann. Er brandmarkte die EWG als „Bürgerblock“ und steuerte Österreich 1960 gemeinsam mit seinem Parteifreund, dem Außenminister Kreisky, in die Efta (Europäische Freihandelszone), der außer Österreich auch Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Portugal, Schweden und die Schweiz angehören.

Die Efta erwies sich jedoch als untaugliches Unternehmen, denn die Wirtschaft der Donau-Republik ist eng mit dem EWG-Raum verbunden: Etwa 50 Prozent ihrer Exporte gehen

in die EWG-Länder, 60 Prozent der Importe kommen von dort. Der Anteil der Efta-Staaten am österreichischen Außenhandel lag dagegen 1959 bei elf Prozent und stieg bisher lediglich auf 13 Prozent.

Der Efta-Mißerfolg zwang Österreich zu einem Kurswechsel. Gemeinsam mit den übrigen sechs Efta-Staaten erklärte es im Juli 1961 in Genf, sich der EWG anzuschließen zu wollen. Die Nato-Mitglieder Großbritannien, Norwegen und Dänemark erstreben die EWG-Vollmitgliedschaft, die Neutralen Österreich, Schweden und Schweiz eine Assoziation; Portugal hofft auf „engere Bindungen“. Das Wiener Parlament (Nationalrat) unterstrich durch einstimmigen Beschluß das „besondere Interesse Österreichs an der wirtschaftlichen Integration Europas“.

Am 15. Dezember 1961 stellte Österreich in Brüssel einen formellen Assoziierungsantrag, den Außenminister Kreisky sieben Monate später, am 28. Juli 1962, vor dem EWG-Ministerrat erläuterte. Österreichs Bedingungen: „Ein gewisses Maß an Aktionsfreiheit“ in den Beziehungen zu Drittstaaten, Suspendierung des Vertrages bei drohendem Konflikt oder Kündigung bei gefährdeter Neutralität und „vorsorgliche Maßnahmen“, um die Versorgung in Kriegszeiten aufrecht-erhalten zu können.

Die Sowjet-Union suchte diese Wendung der österreichischen Politik zu verhindern. Zweimal unternahm Sowjet-Botschafter Awilow eine Demarche im Wiener Bundeskanzleramt, Prag sandte eine Protestnote, und die Moskauer „Prawda“ monierte in der vergangenen Woche: „Es ist unmöglich, auf dem Staatsvertrag und der Neutralität zu beharren und gleichzeitig an einer Organisation teilzuhaben, die mit dem aggressiven Nato-Block assoziiert ist.“

Das Bekenntnis zu Europa wurde für die ÖVP, die Partei des Bundeskanzlers Gorbach, zum Wahlschlager, dem die Volkspartei bei den Parlamentswahlen am 18. November 1962 Mandatsgewinne verdankte, Pittermanns inzwischen aufgegebene EWG-Feindseligkeit hat die SPO hingegen damals mit Stimmenverlusten bezahlen müssen.

es dazu, daß Österreich die Möglichkeit haben muß, im Kriegsfall und notfalls auch in Friedenszeiten an bestimmten wirtschaftspolitischen Aktionen, beispielsweise an einem Embargo gegenüber dem Ostblock, das durch eine neue Berlin-Krise ausgelöst werden könnte, nicht teilzunehmen und den Assoziierungsvertrag zu kündigen, sofern seine Neutralität beeinträchtigt scheint.

PITTERMANN: Ja, das versteht sich.

SPIEGEL: Die Römischen Verträge sind aber zeitlich nicht befristet...

PITTERMANN: Na gut, das ist eben eine der Ausnahmen, die wir als neutraler Staat zu verlangen gezwungen sind.

SPIEGEL: Und wenn der EWG dies als ein zu großes Risiko erscheint? Sie wissen, es gibt sehr große Widerstände innerhalb der EWG, die Neutralen überhaupt in den Gemeinsamen Markt einzubeziehen...

PITTERMANN: Sicher, sicher.

SPIEGEL: Wir glauben, das größere Interesse, an diesem Markt teilzunehmen, liegt doch bei den Neutralen.

PITTERMANN: Ja gut, die Frage ist nur: Was ist mehr wert — die Überwindung der handelspolitischen Diskriminierung oder die Neutralität?

SPIEGEL: Es hat schon mal jemand das Wort vom „Verhungern in der Neu-